

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1857

27.12.1857 (No. 304)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 27. Dezember.

N. 304.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Preiszelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1857.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 24. Dez. (Der Gesegentwurf über die Rechtsverhältnisse der Gewerbschul-Hauptlehrer.) Bei Erlassung der landesherrlichen Verordnung vom 15. Mai 1834 über das Gewerbschulwesen war man von der Voraussetzung ausgegangen, daß das Lehramt an einer Gewerbschule von Angehörigen des Gewerbestandes, oder in Ermanglung solcher von Praktikanten technischer Fächer als Nebenebeschäftigung werde übernommen werden. Es war deshalb in jener Verordnung keinerlei Fürsorge für die Rechtsverhältnisse solcher Lehrer getroffen, vielmehr in §. 30 bestimmt worden, daß jede Anstellung an Gewerbschulen widertuslich sei. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß das Lehramt an einer Gewerbschule, wenigstens der Hauptunterricht, eine besondere Vorbereitung und die volle Kraft und Zeit eines Lehrers erfordert. Es wurden deshalb meistens Männer als Lehrer zu den Gewerbschulen herangezogen, welche solches Amt nach besonderer Vorbereitung zum Lebensberufe gemacht hatten, wie Dies namentlich bei den als Gewerbschullehrer angestellten Volksschullehrern der Fall ist, welche nach ihrer Aufnahme als Volksschullehrer noch die mathematischen Klassen der polytechnischen Schule besucht und Unterricht in einigen Fachschulen derselben genossen haben.

Bei so veränderter Sachlage war die Bestimmung über die Widerruflichkeit der Anstellungen als Gewerbschullehrer eine unhaltbare und unbillige geworden, um so mehr, als ja die Ausbildung eines Gewerbschullehrers längere Zeit und bedeutendere Kosten erfordert, als jene eines gewöhnlichen Volksschullehrers.

Die großh. Regierung hat es deshalb als eine Forderung der Gerechtigkeit anerkannt, daß derartige Lehrer rücksichtlich ihrer persönlichen Rechtsverhältnisse, also namentlich rücksichtlich ihrer Entlassbarkeit und ihrer Ansprüche auf Pension und Wittwen- und Waisenversorgung wenigstens nicht geringer, als die Volksschullehrer gestellt werden.

Dies bezweckt der Gesegentwurf, welcher den Landständen, zunächst der Ersten Kammer in deren erster öffentlicher Sitzung, vorgelegt worden ist.

Derselbe bezieht sich jedoch nur auf die Hauptlehrer, somit nur diejenigen, welche aus der Erteilung des Gewerbschulunterrichts ihren Hauptlebensberuf machen.

Diesen sollen hinsichtlich der Entlassbarkeit und des Anspruchs auf Pension und Wittwen- und Waisenversorgung die Rechte der Volksschullehrer zukommen.

Insondere erschien es als billig, wie in den Motiven des Entwurfs gesagt ist, dieselben in Bezug auf Pensionierung nicht nur wie die bestgestellten Volksschullehrer zu behandeln, sondern in runder Summe den Betrag von 500 fl. der Ruhegehalts-Berechnung zu Grunde zu legen, da dieser Betrag der niederste Gehalt eines Gewerbschul-Hauptlehrers bisher gewesen ist und voraussichtlich auch künftig bleiben wird.

Zur Zahlung der Pension soll aus dem Staatskassen der erforderlichen Zuschuß leisten, da gegen die anfänglich gehegte Absicht, die Pensionen auf die beiden Volksschullehrer-Pensions- und Hilfsfonds zu übernehmen, sich bei der konfessionellen Beschaffenheit der letzteren nicht zu beseitigende Schwierigkeiten entgegenstellen lassen.

Der Gesegentwurf lautet hiernach folgendermaßen:

§. 1.

Die an den Gewerbschulen angestellten Hauptlehrer sind rücksichtlich der Entlassbarkeit und des Anspruchs auf Pension und Wittwen- und Waisenversorgung nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer zu behandeln.

§. 2.

Was ein solcher Lehrer mehr als 500 fl. an Gehalt bezieht, kommt bei Berechnung des Ruhegehaltes, sowie des jährlichen Beitrags zum allgemeinen Schullehrer-Wittwen- und Waisensfonds und der Aufnahmestaxe nicht in Betracht.

§. 3.

In so weit und in so lange der Fonds der betreffenden Gewerbschule nicht zureicht, um ohne Beeinträchtigung seiner sonstigen Zwecke die dem Lehrer gebührende Pension zu zahlen, leistet die Staatskasse den erforderlichen Zuschuß.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland.

Aus Allem, was der Kaiser Alexander II. von Rußland seit dem Antritt seiner Regierung gethan, leuchtet die Absicht hervor, sein großes Reich mehr und mehr den Kulturzuständen näher zu bringen, auf welchen die Größe und die Bedeutung der übrigen europäischen Staaten beruht. Die Politik seiner Vorgänger war, im Wesentlichen wenigstens, mehr auf die Machtentwicklung nach außen gerichtet; die Aufgabe, die er sich gestellt hat, scheint mehr der innern Entwicklung zugewendet. Da diese vor Allem des Friedens nach außen bedarf, so steigern sich dadurch die Aussichten auf friedliche Verhältnisse in Europa überhaupt. Die Erwerbung Polens war für Rußland die letzte in dieser Richtung nach Westen, die es ohne großen Weltkrieg machen kann, nur möglich geworden dadurch, daß andere Staaten gleiche Zwecke verfolg-

ten. Wie wenig es ferner hoffen darf, nach Süden zu seinen Besitz ohne Kampf auszuweihen, hat der letzte Krieg gezeigt. Die schweren Wunden, die er ihm schlug, mußten dem neuen Kaiser den Gedanken nahe legen, sein Reich mehr innerlich zu kräftigen, die starre Materie so zu sagen in Fluß zu bringen, gefesselte Kräfte zu entbinden, und die geistige und soziale Entwicklung seines unermesslichen Reiches zur Trägerin auch seiner materiellen Macht zu erheben.

Dieser Gedanke ist nicht nur ein im allgemein menschlichen Interesse gerechtfertigter, er ist auch ein Akt weiser Politik vom rein russischen Standpunkte aus. Die Eroberungen auf dem Gebiet der innern Entwicklung sind mehr werth, als die nach außen, da diese ohne jene kaum haltbar wären; die nach außen sind glänzender, die nach innen solider, nachhaltiger; jene schwächen und gefährden je nach Umständen den Besitz und verschlingen die innere Kraft; diese kann Niemand bestreiten und zugleich sichern sie dem Reiche für seine Zukunft einen Zuwachs auch an materiellen Machtmitteln, der die Macht nach außen einst verbundertfachen wird. Erst wenn die großen geistigen und materiellen Kräfte des kolossalen Reiches zu voller Entfaltung gelangt sein werden, erst dann wird es zu einer Höhe der Macht gelangt sein, die es mit vielen andern zugleich aufnehmen kann. Sollen aber die materiellen Kräfte sich vervielfachen auf mehr als bloß mechanischem Wege äußeren Zuwachses, so muß der Geist gemehrt werden, der die starke Masse in Fluß bringt, und dieser Geist kann seine Schwingen nur entfalten, wenn die Fesseln gelöst werden, die ihn an die Scholle binden. Seit Peter dem Großen sind Ströme europäischer Kultur nach Rußland geleitet worden, allein ohne daß sie den ganzen Körper durchdrungen und durchgeistigt hätten; es ist militärisch zu voller Ebenbürtigkeit mit den andern Großstaaten herangewachsen, allein Dies allein erweist sich als nicht genügend; es ist stärker zur Vertheidigung, als zum Angriff, und selbst in jener hat es mit eigenthümlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Last des Krieges lag bis jetzt auf wenigen Schultern, denen des Adels insbesondere; hat einst Rußland eine freie Landbevölkerung, dann wird sie sich vertheilen und der Adel in diesem Punkte sicher durch Aufhebung der Leibeigenschaft gewinnen. Industrie, Handel, Verkehr setzen zu ihrer höchsten Blüthe ein freies Bürgerthum voraus, und Rußland wird es auch in der Gestalt eines freien Bauernstandes erhalten. Die Leibeigenschaft ist verschwunden in Deutschland; sie wird verschwinden in Rußland, nicht durch einen Zauberschlag, sondern stufenweise. Nur als europäisch zivilisierter Staat kann Rußland zu voller Geltung kommen; die Entwicklung des Menschengeschlechts geht auch hier ihren sichern, unaufhaltbaren Gang; die Erziehung desselben kann Zustände geistiger Unfreiheit, absoluter Autorität bedingen für gewisse Perioden, aber nur, um zu höherer Entwicklung vorzubereiten.

Die Stunde eines schwierigen, aber notwendigen Fortschritts hat auch für Rußland geschlagen; der Zeiger an der Uhr der Zeit ist nicht mehr rückgängig zu machen, es tritt damit in die höchste Periode seiner Entwicklung ein, und legt dadurch auch anderen Staaten die Pflicht auf, um so mehr auf der Hut zu sein, daß sie nicht in geistigen Tod versinken, nicht vergessen, daß auch sie weltgeschichtliche Ehren zu hüten und einen Ruhm zu verlieren haben, den zu gewinnen Rußland auf dem Wege ist.

Die amerikanische Präsidentenbotschaft

enthält (nach einem erschöpfenden Auszuge in den „Times“) Folgendes über die Stellung zum Auslande:

„Unsere Beziehungen zu den auswärtigen Regierungen sind im Allgemeinen befriedigender Art. Das diplomatische Zerwürfniß, welches zu der Zeit, wo sich der letzte Kongreß versagte, zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und jener Großbritanniens bestand, ist zum Glück durch die Ernennung eines britischen Gesandten in unserem Lande, der einen herzlich empfunden gefunden hat, gehoben worden. Während es in hohem Grade im Interesse beider Länder liegt, in Beziehungen inniger Freundschaft zu einander zu stehen, und während man Dies — davon bin ich überzeugt — beiderseits aufrichtig wünscht, hat es unser Unglück gewollt, daß fast immer eine erbitternde, wenn nicht gar gefährliche Frage zwischen uns und England in der Schwebe war. Seit dem Ursprung der Regierung haben wir Verträge mit jener Macht abgeschlossen, und später ihren wahren Sinn und ihre wahre Bedeutung erörtert. In dieser Beziehung war die Konvention vom 19. April, gewöhnlich der Clayton-Bulwer-Vertrag genannt, der unglücklichste von allen Verträgen, weil die beiden Regierungen den ersten und wichtigsten Artikel desselben in ganz entgegengelegter und widersprechender Weise auslegten. Während wir in den Vereinigten Staaten glaubten, dieser Vertrag werde beide Mächte auf den Fuß vollständiger Gleichheit stellen durch die umfassende Bestimmung, daß keine von beiden je irgend einen Theil Centralamerikas „okkupiren oder besetzen, oder kolonisiren, oder irgend eine Herrschaft über denselben beanspruchen oder ausüben soll“, behauptet die britische Regierung, daß die richtige Auslegung dieser Stelle sie im rechtmäßigen Besitze jenes ganzen Theiles von Centralamerika gelassen habe, den sie zur Zeit des Vertragsabschlusses inne hatte; oder mit anderen Worten, daß der Vertrag von Seiten der Vereinigten Staaten eine Anerkennung des Rechtes Großbritanniens als Eigentümers oder Schutzherrn auf die ganze ausgedehnte Küste Centralamerikas vom Rio Sonda bis zum Hafen San Juan de Nicaragua nebst den in der Nähe liegenden Baienfelsen, die ziemlich kleine Strecke

zwischen dem Golf von Mexiko und Cap Honduras ausgenommen, enthalte. Ihrer Auffassung gemäß verbietet der Vertrag ihr bloß, ihre Stellung in Centralamerika über die gegenwärtigen Grenzen hinaus auszuweihen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß, hätte man in den Vereinigten Staaten eine solche Auslegung für möglich gehalten, der Vertrag niemals unter der Autorität des Präsidenten abgeschlossen oder vom Senate genehmigt worden wäre. Man war in den Vereinigten Staaten allgemein überzeugt, daß, als unsere Regierung sich dazu verstand, ihre überlieferte und altbewährte Politik zu verlegen und sich einer fremden Regierung gegenüber zu verpflichten, in dem central-amerikanischen Theile unseres Festlandes niemals Gebiet zu okkupiren oder zu besetzen, Großbritanniens zum Ersatz für dieses Opfer in dieser Hinsicht mindestens in dieselbe Lage, wie wir, versetzt werden solle. Während wir kein Recht haben, an der Aufrichtigkeit der britischen Regierung in ihrer Auslegung des Vertrages zu zweifeln, ist es zu gleicher Zeit meine feste Ueberzeugung, daß diese Auslegung dem Buchstaben und Geiste desselben widerspricht.“

Nach einem Rückblick auf die bisherigen vergeblichen Unterhandlungen mit England heißt es weiter: „Die Aufhebung des Clayton-Bulwer-Vertrages erscheint als ratsam. Wenn zwei Nationen, wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die gegenseitig wünschen und hofentlich auch immer wünschen werden, die freundschaftlichen Beziehungen zu einander aufrecht zu erhalten, unglücklicher Weise einen Vertrag abgeschlossen haben, den sie in ganz entgegengelegtem Sinne verstehen, so besteht das weiseste Verfahren darin, daß man einen solchen Vertrag durch beiderseitige Einwilligung abschafft und von vorn anfängt. Wäre Dies rasch geschehen, so würden alle central-amerikanischen Wirren wahrscheinlich bereits zur Zufriedenheit beider Theile geschlichtet sein. Die mit Erörterung des Sinnes des Clayton-Bulwer-Vertrages verbrachte Zeit würde diesem löblichen Zwecke gewidmet gewesen sein, und die Aufgabe hätte um so leichter gelöst werden können, als das Interesse der beiden Länder in Centralamerika dasselbe ist, da es sich darauf beschränkt, den Transit über alle Straßen des Isthmus zu sichern. Während das meine Ansichten sind, werde ich mich doch nicht weigern, zu einem billigen Abkommen in der central-amerikanischen Frage beizutragen, welches der Sache nach nicht unverträglich mit der amerikanischen Auslegung des Vertrages ist. Die britische Regierung hat neulich Vorschläge gemacht, die eine freundschaftliche Genügnung abgeben, welche ich von Herzen erwidere. Ich darf es aber noch nicht wagen, eine Meinung darüber auszusprechen, ob dieser neue Versuch einen glücklichen Erfolg haben wird. Doch wird Dies sich bald entscheiden.“

Mit Bezug auf Spanien spricht die Botschaft von den Beleidigungen, welche dieses Land der amerikanischen Flagge zugefügt habe, und fährt dann fort: „Unser gegenwärtiger außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister hat um seine Abberufung gebeten, und es ist meine Absicht, einen neuen Gesandten nach Spanien zu schicken, mit besonderen Instruktionen hinsichtlich aller zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen, und mit dem Entschlusse, sie wo möglich rasch und freundschaftlich zu erledigen.“

Sodann kommt China an die Reihe. Der Präsident sagt: „Während unser Gesandter angewiesen worden ist, eine neutrale Stellung in Bezug auf die gegenwärtigen Feindseligkeiten in Canton anzunehmen, und mit dem britischen und französischen Gesandten herzlich kooperiren wird bei allen friedlichen Maßregeln, die darauf abzielen, durch vertragmäßige Stipulationen jene gerechten Zugeständnisse an den Handel zu sichern, welche zu erwarten die Nationen der Welt ein Recht haben, und welche zu vertragen China nicht länger erlaubt werden kann, begehe ich mich mir zugegangenen Mittheilungen keinen Zweifel, daß die Gesandten einträchtig handeln werden, um ähnliche Handelsverträge für jede der Mächte, die sie repräsentiren, zu Stande zu bringen.“

Ueber Walker's Expedition wird gesagt: „Trotz dieser Vorkehrungsmaßregeln ist die Expedition von unsern Wehren aus entkommen. Aus solchen Unternehmungen kann dem Lande unmöglich etwas Gutes erwachsen, und sie haben seinem Interesse und seinem guten Rufe bereits vielen Schaden zugefügt. Sie haben die friedliche Einwanderung aus den Vereinigten Staaten nach den Staaten Centralamerikas verhinert, die jedenfalls für alle dabei Beteiligten sehr segensreich gewesen wäre. Auch wenn man die Sache von der pekuniären Seite betrachtet, haben unsere Mitbürger durch die Besetzung und Sperrung der Transitstraße zwischen den beiden Meeren schwere Verluste erlitten. Der Führer der neulich abgegangenen Expedition ward zu New-Orleans verhaftet, jedoch gegen Hinterlegung der ungenügenden Kautionssumme von 2000 Dollars in Freiheit gesetzt. Ich empfehle die ganze Angelegenheit der ernstlichen Aufmerksamkeit des Kongresses, da ich glaube, daß unsere Pflicht und unsere Interessen, sowie unsere Nationallehre es erheischen, daß wir Schritte thun, welche unsere Bürger davon abhalten, solche Frevelthaten zu begehen.“

Der Präsident kündigt ferner seine Absicht an, von Paraguay Genußthung für gewisse Beleidigungen zu erlangen.

Der Mormonen wird in folgender Weise Erwähnung gethan: „Keine weise Regierung kann ein solches wahnwitzig-sinnliches Treiben, wie es unter den Mormonen in Utah herrscht, gleichgiltig mit ansehen. Es ist dies die erste Rebellion, die in unseren Gebieten vorgekommen ist, und schon die Menschlichkeit gebietet, daß wir die Empörung in dauernder Weise unterdrücken. Wenn wir nicht ernsthaft aus Werth gehen, so würden wir sie ermutigen und auf solche Weise sichtbar machen. Die Streitmacht, mit welcher wir dorthin gehen, muß so imposant sein, daß diese betörteten Leute die Ueberzeugung gewinnen, daß Widerstand vergebens ist. Auf diesem Wege kann Blutvergießen vermieden werden. Wir können sie auf's Beste überzeugen, daß wir ihre Freunde und nicht ihre Feinde sind. Um diesen Zweck zu erreichen, wird es nöthig sein, in Gemäßheit der Vorschläge des Kriegsministeriums vier weitere Regimenter auszuheben, was ich dem Kongreß dringend empfehle. Ich bedaure, bei dem gegenwärtigen gedrückten Zustande der Einnahmen des Landes eine solche Maßregel vorschlagen zu müssen.“

Allein ich hege das Vertrauen, daß der Kongreß, es koste, was es wolle, dazu helfen wird, den Aufstand zu unterdrücken und die Souveränität der Verfassung und der Geseße im Gebiete Utah wieder herzustellen und aufrecht zu erhalten."

Auf die Finanzkrisis Bezug nehmend, erklärt der Präsident, der Ausfall in den Einnahmen und die Höhe des von dem letzten Kongresse votirten Budgets werde vielleicht vor Ablauf der gegenwärtigen Session ein Geseß nötig machen. Den Grund der Krisis selbst erblickt er lediglich in dem ausschweifenden und verkehrten Papiergeld- und Bankcredit-System, welches zu den leichtsinnigsten Spekulationen verführe. Von den Staatsbanken sei, obgleich Dies eigentlich ihrer Pflicht widerstreite seit so langer Zeit Papiergeld zur Zirkulation emittirt worden, daß man ihnen diese Befugniß jetzt wohl nicht gut bestreiten könne. Es seien dieser Banken an 1400, und mit Ausnahme der Bank von Louisiana gebe es keine die Einlösbarkeit ihrer Noten verfügbaren Bestimmungen. Die Folge sei gewesen, daß der Baarvorrath in ihren Kellern sich auf 58,349,838 Dollars, die Notenzirkulation auf 214,778,822 Dollars, und der Betrag der Depositen auf 230,351,352 Dollars belaufe. Diese Erscheinung sei um so merkwürdiger, als in den letzten acht Jahren 400,000,000 Dollars in Gold aus Kalifornien hereingeströmt seien. Als Heilmittel schlägt der Präsident folgende Maßregeln vor: Jede Bank hat wöchentlich einen Ausweis über ihre Lage zu liefern. Sie hat eine reelle Metallbasis für die Notenzirkulation dadurch herzustellen, daß sie die Appoints der Banknoten erzhalt, und zwar so, daß Anfangs nicht unter 20 Dollars, später nicht unter 50 Dollars herunter gegangen werden darf. Außerdem sollen die Banken gehalten sein, mindestens einen Dollar Gold oder Silber auf je drei Dollars Noten und Depositen in ihrem Baarvorrath zu haben, und gleich mit dem Augenblicke, wo sie suspendiren, die Liquidation einzutreten zu lassen. Außerdem wird ein auf alle Banken der Union anzuwendendes gleichmäßiges Bankerottgesetz empfohlen, kraft dessen es ein unumstößliches organisches Geseß für die Existenz einer jeden Bank sein würde, daß eine Einstellung der Spezialzahlungen ihren bürgerlichen Tod herbeiführt.

Ueber den Tarif bemerkt die Volksstimme: „Er ist seit so langer Zeit in Wirksamkeit gewesen und unter Umständen, die einer angemessenen Entwicklung seiner Resultate als einer Einnahmemaßregel so ungünstig waren, daß ich es, zum wenigsten für's Erste, als nicht rathsam betrachte, zu einer Revision desselben zu schreiten.“

Die Volksstimme hat ferner eines zu Konstantinopel vor kurzem zwischen den Vereinigten Staaten und Persien abgeschlossenen Freundschafts- und Handels-Vertrages Erwähnung und bittet den Kongreß um Bewilligung der zur Sendung eines Vertreters nach Teheran nötigen Gelder.

Die Kansas-Wirren werden weitläufig besprochen. Der Präsident erklärt den Konvent von Leocompton für legal und sucht nachzuweisen, daß das Programm desselben unter den obwaltenden Umständen seinen Zweck erfülle, da es dem Volke die einzige wirklich wichtige Frage, um die es sich bei der Verfassung handle, nämlich die Sklaven-Frage, unterbreite.

Deutschland.

Bretten, 25. Dez. Dieser Tage wurde hier ein großartiger Diebstahl begangen; es wurden 60 bis 70 Waller auf dem Domänenpeicher lagernd, aber Privatpersonen gehörender Heus gestohlen. Der Diebstahl scheint in den letzten stürmischen und dunkeln Nächten ausgeführt worden zu sein. Eine ganze Gesellschaft ist des Verbrechens, sowie der Heßlerei verdächtig. Bereits haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden.

Aus dem Baulande, 24. Dez. Das durch den Tod des Rabbiners Staadeker erledigte Rabbinat Merchingen steht nun seiner alsbaldigen Wiederbesetzung entgegen. Es fand nämlich am Donnerstag den 17. d. M. die Rabbinerwahl durch die Vorsteher der 17 Gemeinden des Bezirks statt. Dieselbe fiel einstimmig auf Hrn. Dr. Julius Fürst, z. Z. Rabbiner in Endingen im Kanton Aargau, einen ebenso durch talmudische Kenntnisse, wie durch Predigtalent und seine Bemühungen für alle Interessen des Judenthums bekannten Mann. Wir glauben um so mehr eine in jeder Beziehung glückliche Wahl getroffen zu haben, als wir unserm Vaterlande dadurch einen Mann wiedergegeben sehen (Fürst ist ein geborner Mannheimer), der mit umfassendem Wissen eine rege Thätigkeit in echt jüdischem Sinne und ein leutseliges Benehmen gegen Jedermann verbindet. Der ganze Bezirk ist erfreut über diese Wahl und sieht insbesondere deren Einstimmigkeit als eine höhere Fügung an. Man wartet fehnlich auf die Bestätigung der Wahl von Seiten des großh. Ober-rathes der Israeliten.

Freiburg, 24. Dez. (Frbr. Jtg.) Der heutige, wegen der einfallenden Feiertagen etwas früher abgehaltene Fruchtmarkt war der kleinste des ganzen Jahres. Es kamen im Ganzen nur 304 1/2 Waller Früchte hieher und der Erlös beträgt mehr nicht als 3483 fl. 12 kr. Die Preise blieben sich ziemlich gleich.

— Vom Schwarzwalde, 25. Dez. Bei dem am 21. d. M. in Billingen abgehaltenen Fruchtmarkt fanden sich wieder starke Aufkäufer für Frucht aus der Schweiz ein. Trotz der starken Zufuhr blieb nur Weniges unverkauft; die Preise gingen in die Höhe. Der gleichzeitig abgehaltene Krämermarkt war lebhaft, weniger der Viehmarkt. — Unsere Uhrenhändler in England sind von der Geldkrisis nicht unberührt geblieben; sie erlitten namhafte Verluste. In Folge dessen treffen von ihnen wenige Bestellungen ein. Dagegen sind große Bestellungen auf sog. Matrosenhüte eingetroffen, was den Flechtereien zu thun geben wird. Wir können den Abschlag des Geschlechtes als unbedeutend bezeichnen; schönes Geschlecht hat immer noch den gleichen fehrigen hohen Werth.

Breisach, 24. Dez. (Frbr. Jtg.) Außer andern im Laufe dieses Winters zur Ausführung kommenden Verschönerungsarbeiten ist insbesondere die Tieflegung des hiesigen Münsterplatzes ein Werk, welches Beachtung verdient. Während nämlich bisher der schönste Theil des Domes, der Chor mit seinem Gewölbe, durch Mauern so umfaßt war, daß man vom Fuße des Berges einen großen Theil dieses herrlichen Baues gar nicht sehen konnte, wird nunmehr durch die Entfernung der Treppen zu dem Gewölbe und Erniedrigung der Mauern der Anblick des Ganzen frei. Bei der Abtragung des Platzes, der, wie überall früher der Fall, sonst die Begräbnisstätte des Dries war, fand man vielfach menschliche Gebeine, zum Theil von sehr großen Dimensionen, und alte Münzen, welche sich bei näherer Untersuchung als römische ergaben. Auch das am nordöstlichen Ende der Stadt gelegene sogenannte Kupfertor sieht einer geschmackvollen Restauration entgegen, und so wird der Fremde, der Breisach seit 8 Jahren nicht mehr gesehen, die alte, in Schutt und Trümmer geschossene, von verpestetem Sumpfe und unfruchtbarem Moorlande umgebene Stadt fast nicht mehr kennen, wenn er sie jetzt wieder besucht. Der Verschönerungssinn hat die Ruinen ausgebessert und den Schutt weggeräumt, die in Gewölben wohnenden Familien haben solche mit gesündern, besser gelegenen Wohnräumen vertauscht, die Festungsgräben sind mit dem Material der abgetragenen Schanzwerke ausgefüllt, und wo früher im öden Moorlande nur der Arme sein Viech holte oder der rüstige Jäger, mit Muth der Gefahr zu versinken trogend, nach der Bekassine und dem Reiber suchte, da entdeckt nun das Auge im Sommer nur noch wogende Getreidefelder, reichgelegnete Aecker, durchzogen von den Kanälen, welche diese Verbesserungen ermöglichten. So ist, abgesehen von den enormen materiellen Vortheilen, insbesondere durch diese Arbeiten der Gesundheitszustand sehr verbessert worden, die vielen Fieberkrankheiten haben aufgehört und die Luft wird nun nach Entfernung der Wälle von allen Seiten vom Winde frei gereinigt. Mit Recht wird man für Dies Alles den großherzoglichen und städtischen Behörden die Anerkennung ihres Eifers fürs Gute und Schöne in vollem Maße zollen.

× Aus dem Seekreise, 24. Dez. Heute trafen bei uns Rückkömmlinge aus Amerika ein. Erst vor drei Jahren ausgewandert, haben sie während ihres Aufenthalts in den nordamerikanischen Staaten das von ihnen erträumte Glück nicht finden können, und sind froh, wieder in ihrer alten Heimath zu sein, in die sie, reich an herben Erfahrungen, zurückkehren. Gut ist es für sie, daß sie ledig geblieben sind und ihre deutschen Heimathrechte nicht aufgegeben haben. Die Lage der in neuester Zeit Eingewanderten in Amerika schildern sie mit sehr düstern Farben, was auch mit brieflichen Angaben übereinstimmt. Die dortigen deutschen Hilfsvereine vermögen bei dem großen Anspruch der Bedürftigen beinahe nichts mehr zu thun, und so sind Viele dem größten Elende preisgegeben, die in ihrem Vaterlande keinen Mangel kannten. Wer Mittel besitzt, wandert in das Innere und hofft dort bessere Verhältnisse anzutreffen; auch nach Südamerika geht Mancher, obgleich von dort aus vielfach vor Einwanderung gewarnt wird.

München, 22. Dez. (Fr. J.) Der neue Postvertrag zwischen Bayern und Frankreich wird im Wesentlichen dieselben Bestimmungen enthalten, wie der eben zwischen Oesterreich und Frankreich abgeschlossene Vertrag, da in Betreff der Taxe, sowie bezüglich des Gewichtes der Briefe u. d. die französische Regierung der unsrigen dieselben Zugeständnisse, wie der österreichischen, gemacht hat.

Frankfurt, 24. Dez. (Fr. J.) Die nächste Sitzung der Bundesversammlung wird, wie man vernimmt, am 7. Jan. stattfinden.

Hannover, 22. Dez. Die „Hannov. Zeitung“ enthält eine Bekanntmachung des k. Ministeriums des Innern, betreffend die Ausführung der k. Verordnung vom 7. August 1854, den Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 über das Vereinswesen betreffend.

Berlin, 23. Dez. (Fr. J.) Die am 12. Januar bevorstehende Eröffnung des Landtags wird durch den Ministerpräsidenten erfolgen. Die Gerüchte, wonach der Prinz von Preußen im Namen des Königs die Vollziehung dieses Aktes übernehmen sollte, begegnen einem ganz bestimmten Widerspruch. Alle Mittheilungen stimmen darin überein, daß dem Landtag nur eine sehr beschränkte Zahl von Regierungsvorlagen zugehen werde. Die Einbringung einer neuen Begeordung ist vertagt. Ebenso wird die definitive Regelung der Verhältnisse der ländlichen Polizeianwaltschaft künftigen Verhandlungen vorbehalten. Daß beim Landtag ein Gesetzentwurf in Betreff der gänzlichen Beseitigung der Wuchergesetze zur Berathung kommen werde, unterliegt andauernd sehr ernstem Zweifel, indem die mit umfassenden Ermittlungen verbundenen Vorarbeiten zur definitiven Erledigung dieses wichtigen Gegenstandes noch immer nicht beendet sind. Unter den zu erwartenden verhältnismäßig wenigen Landtags-Vorlagen wird sich auch der kürzlich zwischen Preußen und Frankreich abgeschlossene Postvertrag befinden. Da die seither zwischen beiden Staaten bestandene Uebereinkunft mit dem Ende dieses Jahres abläuft, so tritt der neue Vertrag bereits am 1. Januar k. J. in Kraft. Wie schon erwähnt, ist in demselben allen Mitgliedern des deutsch-österreichischen Postvereins der Anschluß offen gehalten worden. Im Laufe der letzten Wochen hat die große Mehrzahl der deutschen Regierungen von dieser Anschlußfreiheit Gebrauch gemacht.

Weimar, 23. Dez. Nach der „W. Z.“ hat die bestehende Handelskrisis auch die großh. Regierung zu Vorbereitung außerordentlicher Finanzmaßregeln bestimmt, und ist zu deren Berathung auf den 3. k. M. ein außerordentlicher Landtag berufen worden.

Italien.

Dem „offiziellen Journal beider Sicilien“ entnehmen wir nachstehende Details über das furchtbare Erdbeben, welches, wie wir schon nach einer telegraphischen Depesche berichtet haben, das Königreich Neapel heimgesucht. Zwei starke Erdstöße wurden in der Hauptstadt Neapel selbst in der Nacht vom 16. auf den 17. Dez. verspürt, der erste um 10 Uhr 10 Min., er währte 4 bis 5 Sekunden; der zweite folgte 2 Min. später, er dauerte 25 Sekunden. Der letztere Stoß war so heftig, daß die beiden Uebren des k. Observatoriums stillstanden. Außerdem hatten noch zwei Stöße zwischen

3 und 5 Uhr Morgens statt, die einige Sekunden währten, aber kaum merklich waren. Die Depeschen aus Caserta, Nola, Aversa, Pozzuoli, Salerno, und Avellino melden Dasselbe. In dem Principato citeriore, in Eboli und Campagna, waren die beiden ersten Stöße sehr heftig; aber man hat dort kein Opfer zu beklagen. In Yavia wurde das Erdbeben ebenfalls gespürt; es hatten daselbst keine Unfälle statt. In Castellamare wurden zwei Personen verwundet. In Sala kamen drei Personen um; das Gefängniß, die Kaserne und mehrere andere Gebäude wurden beschädigt. In Ancona wurde die Hälfte der Häuser zerstört; in Padula stürzten etwa 100 Häuser ein; die Zahl der Todten kennt man noch nicht. In Yolla richtete das Erdbeben ungeheure Verwüstungen an; dort fielen zahlreiche Opfer, z. B. von der Gendarmeriebrigade. In Auletta, Petrosia, und Caggiano wurden mehrere Häuser zerstört, mehrere Personen getödtet. In Salerno erlitten mehrere Gebäude, besonders zwei Kirchen, starke Beschädigungen; in der Vorstadt stürzten das Intendanturhotel, die Gendarmeriekaserne, und ein Glockenthurm ein, es wurden dabei zwei Frauen erschlagen. In Campagna wurden mehrere Gebäude sehr beschädigt. Der König hat befohlen, daß allenthalben aufs schleunigste Vorkehrungen zur Unterstützung der durch die Katastrophe Beschädigten getroffen würden.

*** Turin, 23. Dez.** Die Debatten der Deputirtenkammer für Prüfung der Vollmachten haben bis jetzt noch zu keinen stürmischen Zwischenfällen Anlaß gegeben. Alle Parteien haben die lobenswerthe Mäßigkeit bewahrt. Die Haltung des Ministeriums und besonders des Conseilpräsidenten hat viel zu diesem erfreulichen Resultate beigetragen. Bei allen zweifelhaften Wahlen nahm Graf Cavour das Wort, und forderte die Kammer auf, sich nicht zu Kleinigkeitsträmereien verleiten zu lassen, und einen verböhnenden Geist zu bewahren. So erlangten mehrere Mitglieder der Rechten die Gültigkeitserklärung für ihre Wahl. Bei der Wahl des Marquis Orso Sowa war die Frage sehr zweifelhaft; Graf Cavour sprach sich aber für die Gültigkeit aus, und die Majorität der Kammer stimmte ihm bei, während die ganze Rechte und die wenigen Radikalen in der Kammer dagegen stimmten. Nächsten Dienstag wird man die Frage von der Wählbarkeit der Canonici debattiren; die Verhandlung wird wahrscheinlich lange dauern.

Frankreich.

† Paris, 24. Dez. Ein kais. Dekret im heutigen „Moniteur“ genehmigt einen Beschluß des Municipalraths von Paris, wonach pro 1858 die Wohnzinsen unter 250 Fr. Miethe (mit Ausnahme der von Patentirten, welche 3 Proz. zahlen) wie bisher steuerfrei bleiben, 250 bis 499 Fr. 3 Proz. Abgabe, 500 bis 999 Fr. 5 Proz., 1000 bis 1499 Fr. 7 Proz., 1500 Fr. und darüber 9 Proz. zu zahlen haben. — Der Staatsrath vereinigte sich gestern um 2 Uhr in den Tuilerien unter Vorsitz des Kaisers. Gegenstand der Berathung war ein Gesetzentwurf über die landwirthschaftliche Assekuranz. Alle Minister waren anwesend. — Auf Anordnung des Ackerbauministers wird demnächst eine aus Mitgliedern des Gesundheitsraths, der Handel- und Gewerbe- und einem Straßenaubeamten bestehende Kommission zu dem Behufe in die Departemente Pas-de-Calais und Nord abgehen, um sich über die Mittel zu berathen, durch welche sich die Interessen der Branntweinbrennerei und der Bewohner der Flußufer vereinbaren lassen, deren Wasser durch die Brennerfabriken verdorben wird. — In Blacwail wurde eine prachtvolle, für den Kaiser von Oesterreich bestimmte Lustjacht vom Stapel gelassen. Die „Fantasia“ ist 180 Fuß lang, und — trotzdem sie nur 5 Fuß tief geht — von 291 Tonnen Gehalt. Sie ist für die Ausflüge Franz Josephs im Adriatischen Meer bestimmt, und muß bis Februar in Triest sein. — Die „Patrie“ glaubt noch nicht recht daran, daß das Einvernehmen zwischen Reshid-Pascha und Hrn. v. Thouvenel wieder hergestellt sei, obgleich sie es sehnlich wünscht. — Börsennotiz. Rente schließt 67.75 auf Zeit und 67.55 pr. Cpt. Bank 3150. Mob. zu 800 angeboten. Nord 945. Fusion 853.75. Oesterr. 716.25.

† Paris, 25. Dez. Der „Moniteur“ veröffentlicht das kais. Dekret betreffend der Einrichtung des Schlosses von Zaberna zu einem Asyl für Wittwen hoher Zivil- und Militärbeamten. Das Dekret bestimmt: 1) Die Damen, welche um Aufnahme im kais. Schlosse von Zaberna nachsuchen, haben nachzuweisen, daß sie Wittwen, verwitwete oder nicht verheirathete, wenigstens 35 Jahre alte Töchter eines Zivil- oder Militärbeamten sind, der die Eigenschaft als Franzose nicht verlor, und sich durch dem Staate geleistete Dienste auszeichnete. 2) Die Aufnahme erfolgt durch den Kaiser auf Vorschlag des Staatsministers. 3) Die Aufnahme im kais. Schlosse zu Zaberna gewährt Anspruch auf eine möblirte Wohnung, deren Zahl auf 78 festgesetzt ist. 4) Die Wittwen können ihre unverheiratheten Töchter und ihre Söhne (diese jedoch nur bis zum 12. Jahre), oder eine ihrer Verwandten bei sich haben. Bei jeder Wohnung ist ein Zimmer für die Dienerschaft. 5) Verheirathung zieht die Verzichtleistung auf die Wohnung nach, die 2 Monate nach der Ehwählung bezogen sein muß. Die Verwilligungen können auf Grund erster Ursachen zurückgezogen werden. — Außerdem enthält der „Moniteur“ ein Dekret, womit die Statutenabänderung der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Union“, und ein zweites Dekret, womit die Statutenabänderung der anonymen Gesellschaft der „Giesereien von Romilly“ genehmigt wird. — Ein gestern hier eingetroffenes Telegramm meldet, daß die Epidemie in Lissabon ganz aufgehört hat, d. h. daß in den jüngsten Tagen sich kein neuer Fieberfall mehr gezeigt hat. — Einem Telegramm aus Bucharest zufolge werden die Mitglieder der europäischen Kommission sich morgen versammeln, um ihren Bericht an den Pariser Kongreß aufzusetzen. Die Kommission wird Bucharest bald verlassen, und man glaubt, die Donaustreitthümerfrage nähere sich ihrer Lösung. — Der Fürst Petrullia, welcher Neapel vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen

